

Ercheint
wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Volkshlaft

Vierteiljährlicher Preis
in der Expedition zu Pa-
derborn 10 Sgr.; für Aus-
wärtige portofrei
12 1/2 Sgr.

Alle Postämter nehmen
Bestellungen darauf an.

für
Stadt und Land.

Insertionsgebühren
für die Zeile 1 Silberg.

N: 140.

Paderborn, 22. November

1849.

Uebersicht.

Amtliches.

Deutschland. Berlin (Ministerrath; Kammerverhandlungen; Verordnungen über das freie Versammlungs- und Vereinigungsrecht); Köln (die Desarmirung der Festungen); Münster (der katholische Central-Verein); Hannover (Kammerverhandlungen); Dessau (die Auflösung des Vereinigten Landtages); Kiel (die dänischen Häfen); Schleswig (Erklärung der Landesverwaltung); Frankfurt (die württembergische Beitritts-Erklärung); Mannheim (das bayerische Bataillon); Stuttgart (die revidirende Ständeversammlung); Aus Baden (die bevorstehende Abdankung des Großherzogs); Wien (das Militär; Nachrichten aus Widdin).

Frankreich. Paris (das Ministerium).

Schweiz. Zürich (die Flüchtlinge.)

Spanien. Madrid (Zerwürfniß zwischen dem Könige und Königin Mutter).

Italien. Rom (Rückkehr des Papstes).

Vermischtes.

Bekanntmachung

Der von den Kammern erteilten Genehmigung zu der unter dem 18. Dez. 1847 erlassenen Verordnung über die bürgerliche Erbfolge in der Provinz Westphalen, vom 13. Nov. 1849.

Nachdem die auf Grund des Artikels 105 der Verfassungs-Urkunde unter dem 18. Dez. 1848 erlassene, in der Gesefsammlung Seite 424 — 426 verkündete

Verordnung, betreffend die bürgerliche Erbfolge in der Provinz Westphalen,

jenem Artikel der Verfassungs-Urkunde gemäß den später zusammengetretenen Kammern zur Genehmigung vorgelegt worden ist, haben beide Kammern der gedachten Verordnung ihre Genehmigung erteilt.

Dies wird hierdurch zur Beachtung bekannt gemacht.

Berlin, den 13. November 1849.

Das Staats-Ministerium.

(gez.) Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Mantuffel. v. Strottha. v. d. Heydt. v. Rabe.

Simon. v. Schleinitz.

Deutschland.

Berlin, 17. Nov. Heute Mittag war bei Sr. Majestät dem Könige in Bellevue Ministerrath. G. C.

Die Kommission für die Deutsche Verfassungsangelegenheit ist nach längeren Verhandlungen über die letzte Vorlage der Regierung zu dem mit 18 Stimmen gegen 3 gefaßten Beschlusse gekommen (Herr v. Beckerath Referent), dem Plenum der Kammer folgende Resolution vorzuschlagen:

Die Kammer hat aus den ihr mitgetheilten Aktenstücken gesehen, daß die Staatsregierung dem sich von mehreren Seiten geltend machenden Bedürfnis einer interimistischen Regelung gemeinsamer Angelegenheiten der deutschen Staaten durch Abschluß des Vertrages vom 30. September d. J. Anerkennung gewähren zu müssen geglaubt hat.

Wenn die Kraft dieses Vertrages zu errichtende provisorische Bundes-Kommission eine Wirksamkeit ausüben möchte, welche — sei es durch legislative Anordnungen, sei es durch andere als die zur Erhaltung des Bundeigenthums erforderlichen oder bereits vertragmäßig feststehenden finanziellen Belastungen — die inneren Verhältnisse des preussischen Staates berührte, so würde der Vertrag vom 30. September nach Artikel 46 und 60 der Verfassung vom 5. December 1848 zu seiner Gültigkeit der Zustimmung der Kammern bedürfen.

Die Staats-Regierung hat diese Zustimmung der Kammern

nicht beantragt, und dadurch deutlich an den Tag gelegt, daß es nicht in ihrer Absicht liege, der gedachten Kommission eine Wirksamkeit der bezeichneten Art zuzuflehen.

In Hinsicht auf den Deutschen Bundesstaat hat die Staatsregierung dagegen sowohl bei, als nach Abschluß des Vertrages vom 30. September d. J. die „ausdrückliche und feierliche“ Erklärung abgegeben.

„Daß Preußen unwandelbar auf der Bildung des engeren Bundes verharren und dessen Rechte gegen jede unberechtigte Einmischung, sie komme von welcher Seite sie wolle, mit allem Nachdrucke verteidigen werde.“

Die Kammer hat diese Erklärung mit Befriedigung vernommen und vertraut, daß die Staatsregierung diese Zusicherung vollständig zu wahren und namentlich zu diesem Behufe eine Auslegung des gedachten Vertrages fern zu halten wissen werde, nach welcher die preussische Regierung durch dessen Abschluß das Fortbestehen der Bundes-Verfassung und Bundes-Gesetzgebung in weiterem Umfange anerkannt hätte, als durch ihre am 17. Oct. im Verwaltungsrath abgegebene Erklärung geschehen ist. Die Kammer darf demgemäß erwarten, daß den getroffenen Einleitungen zum Zusammentreten des Reichstages unverändert Fortgang gegeben und durch unverweilte Einberufung desselben die Zuersticht des deutschen Volkes aufrecht erhalten werde, Preußen schreite unbeirrt auf dem am 26. Mai zur Einigung Deutschlands betretenen Wege fort, welchem die Kammer schon am 7. Sept. ihre volle Zustimmung erteilt hat und hierdurch abermals erteilt.

Aus diesen Gründen enthält sich die Kammer, indem sie die ihr nach Art. 42, 46, 60 der Verfassung vom 5. Dec. 1848 zustehenden Rechte in Betreff des Vertrages vom 30. Sept. d. J. ausdrücklich vorbehält, zur Zeit einer weiteren Erklärung über den gedachten Vertrag.

Const. 3.

— Das „Amtsblatt“ der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin enthält Folgendes:

„Der Artikel 27 der Verfassungs-Urkunde vom 5. December 1848 bestimmt, daß von Versammlungen unter freiem Himmel 24 Stunden vorher der Orts-Polizei-Behörde Anzeige zu machen ist. Die Verordnungen vom 29. Juni d. J. über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts (Gesetz-Sammlung S. 221) dehnt diese Vorschrift auch auf alle Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, aus, und setzt im §. 13 eine Geldbuße von fünf bis fünfzig Thalern für die Unterlassung einer solchen Anzeige fest.“

Zur Beseitigung von Mißverständnissen sehen wir uns veranlaßt, hierdurch unter Bezugnahme auf die Amtsblatt-Verordnung vom 6. Decbr. 1824 ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß unter der Ortspolizeibehörde im Sinne der erstgedachten Vorschrift und der Verordnung vom 29. Juni d. J. auf dem platten Lande niemals der Dorfschulze, auch nicht der Dorfschulze in Verbindung mit den Schöppen, sondern entweder das Königl. Domainen-Rent- und Domainen-Bacht-Amt oder die nach der früheren Verfassung mit Polizei- und Gerichtsbarkeit versehene Dominien, denen bis zum Erscheinen der Gemeinde-Ordnung nach Artikel 40 der Verfassungs-Urkunde die Verwaltung der Polizei verbleiben soll, anzusehen sind.

Hiernach ist die beim Schulzen angebrachte Meldung von einer beabsichtigten Versammlung für nicht geschehen zu erachten und befreit nicht von denjenigen Strafen, welche das Gesetz für den Fall anordnet, wenn die vorgängige Anzeige der in Rede stehenden Versammlung bei der Orts-Polizei-Behörde nicht erfolgt sein sollte.

Potsdam, den 12. November 1849.

Königl. Regierung. Abtheilung des Innern.“